

Sollen Pendler künftig auch am Arbeitsort Steuern zahlen?

VORSCHLAG Wer pendelt, soll einen Teil seiner Steuern am Arbeitsort abliefern und dafür politisches Mitspracherecht erhalten, fordert Avenir Suisse.

Pendlersteuer – das klingt natürlich provokativ. Ist aber ganz wichtig. Mein Vorschlag, der jetzt von Avenir Suisse aufgegriffen worden ist, bezweckt Folgendes: Wer pendelt, soll einen Teil seiner Steuern am Arbeitsort zahlen. Im Gegenzug erhält er dafür aber am Arbeitsort ein politisches Mitbestimmungsrecht.

Natürlich kann man einwenden, die Lasten, die den Städten und Kantonen mit Zentrumsfunktion

PRO

entstehen, würden heute über den Finanzausgleich abgegolten. Aber Geld ist nicht alles: Faktisch wird mit der heutigen Regelung, dass Steuern am Wohnort entrichtet werden, die direkte Demokratie unterwandert. Denn zieht man die Schlafenszeit ab, so halten sich Pendler die meiste Zeit am Arbeitsort auf. Einen grossen Teil der öffentlichen



Reiner Eichenberger,
Wirtschaftsprofessor
Uni Freiburg

Leistungen nehmen die Pendler also am Arbeitsort und nicht am Wohnort in Anspruch. Deshalb sind viele stärker von der Politik des Arbeitsorts als des Wohnorts betroffen. Aber am Arbeitsort haben sie nichts zu sagen, und deshalb ist es für sie auch nicht mehr interessant, über Politik informiert zu sein.

Deshalb plädiere ich dafür, dass Pendler 50 Prozent ihrer Steuern am Wohnort und den Rest am Arbeitsort entrichten. Natürlich sehen es die Städte lieber, wenn Pendler nur Geld abliefern, aber nicht mitbestimmen dürften. Doch das Mitbestimmungsrecht ist zentral. Dann müssen die Städte, die stark von den Pendlern leben, ihre Politik auf die Bedürfnisse dieser Gruppe ausrichten.

In der Schweiz gilt: Wo jemand wohnt, da bezahlt er auch Steuern. Ich finde, dass sich dieses Prinzip bewährt. Die Idee mag zwar gut gemeint sein, ich kann jedoch einer Pendlersteuer wenig Gutes abgewinnen. Sollen damit die städtischen Zentren entlastet werden?

Dieses Argument sticht nicht. Die urbanen Kantone werden schon heute über den neuen Finanzausgleich für ihre Zentrumslasten auf nationaler Ebene abgegolten. Auch

CONTRA

innerkantonal gibt es einen Ausgleich. Zudem zahlen die Unternehmen, die sich vorwiegend in den Zentren befinden und «pendelnde» Mitarbeiter anstellen, als juristische Personen Steuern. Es darf auch nicht vergessen werden, dass die grössten Kosten, die wir als Individuen der Allgemeinheit überbürden, an unseren Wohnorten



Peter Bieri,
CVP-Ständerat
Zug

verursacht werden. Ich denke an die Schulen, die Infrastrukturen, das Gesundheitswesen, die Ver- und Entsorgung oder die sozialen und kulturellen Institutionen.

Grosse Zweifel habe ich auch bezüglich der Tauglichkeit eines solchen Systems. Ich zähle mich zu den Pendlern. Aufgrund meiner verschiedenen Tätigkeiten in der Politik und in Verbänden habe ich nicht einen, sondern verschiedene Arbeitsorte. Und ich bin längst nicht der einzige damit. Wie aber soll in solch einem Fall das System ausgestaltet werden? Ein solch neues Steuersystem würde unser Staatswesen viel komplizierter machen – und dies in einer Zeit, in der wir nach Vereinfachungen rufen.